

Bürokratie-Chaos in Berlin: Das Ende des Berlin-Passes und seine Folgen!

Die Berliner Zeitung berichtet über die Bürokratie rund um den Berlin-Pass und dessen Schwierigkeiten für sozial benachteiligte Bürger.



Ein chaotisches Verwaltungsdesaster erschüttert Berlin! Der Berlin-Pass, ein wichtiges Ausweisdokument für sozial schwächere Bürger, wurde abgeschafft und durch die umstrittene „Kundenkarte Berlin S“ ersetzt. Dieses neue Verfahren, wie die **Berliner Zeitung** berichtet, hatte von Anfang an mit extremem bürokratischem Aufwand und Datenschutzproblemen zu kämpfen. Der ursprüngliche, einfach zu beschaffende Berlin-Pass wurde durch eine umweltschädliche Plastikkarte ersetzt, für deren Beantragung sensible persönliche Daten erforderlich waren. Die Umstellung führte zu massiven Verwirrungen, und zahlreiche Anträge blieben unbearbeitet in überfüllten Briefkästen zurück, die als digitale Ablage dienten. Die Behörden schienen überfordert von der Situation.

Neue Regelungen und Preissteigerungen

Jetzt hat die Berliner Verwaltung auch entschieden, dass es ab dem 1. Januar 2025 kein neues VBB-Kundenkarte Berlin S mehr geben wird, der bisherige Leistungsbescheid bleibt jedoch als Nachweis für das Berlin-Ticket S gültig. Laut **BVG** müssen die Nutzer auf die Übertragung von persönlichen Daten, wie Name und Leistungsbescheid, achten, wobei der Datenschutz durch das Schwärzen sensibler Informationen gewahrt werden kann. Kritisch bleibt die Tatsache, dass die Kosten für das Sozialticket ab April 2025 von neun auf 19 Euro steigen, was die finanziellen Belastungen der betroffenen Bürger zusätzlich erhöht.

Die ständigen Änderungen der Richtlinien und die unzureichende Kommunikation stellen sicher, dass die Nutzer weiterhin mit Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten kämpfen müssen. Die Frist für die Übergangsregelungen wird vom Senat bis zum 30. Juni 2025 verlängert, doch wie lange die Nutzer auf eine klare und funktionierende Lösung warten müssen, bleibt ungewiss. Inmitten des gesamten Chaos bleibt den Berlinerinnen und Berlinern bleibt nun nur noch das Mitführen von Leistungsbescheiden als Nachweis, was als diskriminierend empfunden wird und die überfordernden Mitarbeiter an den Kassen zusätzlich belastet.

Berliner Zeitung

Details	
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.berliner-zeitung.de• www.bvg.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de